



INHALT

GGG aktuell

GGG-Bundeskongress	52
Einladung zur Mitgliederversammlung	53

GGG intern

Grundsatzpositionen der GGG	54
-----------------------------	----

GGG aus den Ländern

Länderberichte	55
Jubiläen	57
In eigener Sache	57

GGG aktiv

GGG-Akademie	58
Termine	59

GGG-Bundeskongress 2015 Kulturelle Vielfalt – der Schlüssel zur Welt

Kulturelle Vielfalt hört sich an nach Philantropie und Humanismus, nach Toleranz, nicht im Wortsinn des Erduldens, eher nach respektvollem Neben-, besser Miteinander, schließt die Dominanz einer Kultur über die andere(n) aus: Dann wäre es nämlich mit der Vielfalt zu Ende. In ruhigen Zeiten ist kulturelle Vielfalt eher touristisch geprägt: Man reist in andere Länder, nimmt das dortige (ggf. exotische) Anders-Sein interessiert, manchmal erstaunt zur Kenntnis und taucht anschließend wieder ein in die eigene kulturelle Identität, gewissermaßen kulturelle Vielfalt auf Abruf, wie im Museum.

Derzeit kommen viele Menschen aus anderen Ländern zu uns, etliche nicht als Besucher, sondern um hier – evtl. vorübergehend, evtl. auf Dauer – Schutz, Arbeit, ein besseres Leben zu finden, auf jeden Fall eine Weile zu bleiben. Die Mitte Europas war schon immer Migrationsland. Viele gingen weg und gehen noch heute, viele kamen und kommen her. Ungewohnt ist, dass ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge und Einwanderer aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten kommen. Viele sind an Hautfarbe und Gesichtsschnitt als „nicht von hier“ identifizierbar. Die so erfahrene „kulturelle Vielfalt“ ist plötzlich nicht mehr so erbaulich, wird vielerorts als verunsichernd, ja gar als bedrohlich erlebt. Wie wir mit diesen Menschen umgehen, ist ein Prüfstein, ob unsere Vorstellungen von Humanität praxisrelevant werden oder nur als Reklameschilder taugen.

Ob Menschen als EU-Bürger oder mit einer Blue-Card zu uns kommen, ob sie als Asylsuchende einer Verfolgung entgehen wollen, ob sie vor dem Krieg fliehen, ob sie vertrieben werden oder einfach nur ein besseres Leben erhoffen, ob wir an ihnen interessiert sind oder nicht, sie bringen ihre bisher gelebte Kultur mit und wollen sie natürlich auch weiterleben. Das haben sie übrigens mit deutschen Rentner-Emigranten gemeinsam, die sich in Mallorca oder

an der türkischen Riviera niederlassen. Hier wie da geht das nicht immer reibungslos. Selbstverständlich sind Ideen und Praktiken nicht akzeptabel, die andere in ihren Rechten beeinträchtigen oder das friedliche Zusammenleben in Frage stellen und stören, auch dann nicht, wenn sie sich auf kulturelle oder religiöse Traditionen berufen. Die Ideen, die unserem Grundgesetz zu Grunde liegen, sind hier ein guter Gradmesser und bieten eine gute Orientierung.

Bei uns ist die Heterogenitätstoleranz nicht besonders ausgeprägt. Das sieht man bereits am Schulsystem, das wir uns leisten: 2015 gibt es noch immer (und zum Teil wieder verstärkt) Bekenntnisschulen; und unser ständisch gegliedertes Schulsystem – oder was davon in einigen Bundesländern noch existiert – ist auch kein Ausweis einer Wertschätzung von Verschiedenheit und Vielfalt. Unser tradiertes Schulsystem sorgt nicht dafür, dass jeder unabhängig von seiner Herkunft die gleichen Bildungschancen hat, nein, es sorgt durch seinen Sortiereifer eher dafür, dass gesellschaftliche Unterschiede vertieft werden. Das nennt man institutionelle Diskriminierung. Von vornherein inklusiv zu denken, die vorgefundene Vielfalt als Schatz zu sehen, die vorhandenen Begabungen zu erschließen, gelingt unserem Bildungssystem schon nicht für die einheimische Bevölkerung, einschließlich der mit migrantischer Geschichte. Und auch das ist für uns leider nicht neu: Schließlich erwächst der Ruf nach der gemeinsamen Schule für alle aus der Überzeugung und mittlerweile der Erfahrung, dass diese Schule es besser kann. Doch auch manche sich integriert wählende Schule sucht die Schüler/-innen danach aus, ob sie in ihr Profil passen. Pech, wenn das Profil nicht auf die Kinder und Jugendlichen passt, die vor Ort sind.

Umso größer sind die Herausforderungen in Zeiten wie diesen, in denen größere migrantische Bewegungen stattfinden. Für



© Wolfgang Vogel

GGG-Vorsitzender Lothar Sack

unsere kulturellen Wertvorstellungen von Humanität und Aufklärung, Demokratie und Selbstbestimmung, Toleranz, Respekt und Solidarität und vor allem friedlicher Konfliktlösung ist dies eine Bewährungsprobe, die auch über die Glaubwürdigkeit und damit über die Attraktivität unseres Wertesystems entscheidet.

Mit unserem Bundeskongress wollen wir diese Problematik für unseren professionellen Bereich, die Schule, aufgreifen: Probleme sehen, Lösungsideen erörtern, gelungene Praxisbeispiele bekannt machen. Wir hoffen, dass das vorgelegte Programm als hilfreich empfunden wird.

LOTHAR SACK

Bitte beachten Sie auch die Beilage „GGG-extra“ (nur für GGG-Mitglieder) mit ausführlichen Informationen zum GGG-Bundeskongress vom 12. bis 14.11.2015 an der Oberschule am Leibnizplatz in Bremen.



Einladung zur GGG-Mitgliederversammlung 2015

am Samstag, 14. 11.2014, 13.30 – 16.00 Uhr
Oberschule am Leibnizplatz
Schulstraße 24
28199 Bremen

Tagesordnung

0. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
1. Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatsprüfungskommission
2. Bestellung der Protokollant/-innen
3. Genehmigung/Änderung der Tagesordnung
4. Genehmigung/Änderung des Protokolls der MV 2014
5. Genehmigung/Änderung des Protokolls der ao MV 2015
6. Bericht des Bundesvorstandes
7. Kassenbericht 2014
8. Revisionsbericht 2014
9. Aussprache zu den Berichten
10. Haushaltsplan 2015/16, Finanz- und Mitgliederentwicklung
11. Entlastung des Bundesvorstandes
12. Antrag Satzungsänderungen insgesamt
13. Zeitschrift Gemeinsam Lernen / Antrag BV/HA
14. Weitere Anträge (Antragsschluss: 24.10.2015)
15. Wahl eines Wahlvorstandes
16. Wahl des Bundesvorstandes
17. Wahl der Revisor(inn)en
18. Verschiedenes



© Kalle Koke

Schüler der OSL als Bremer Stadtmusikanten

Im Wortlaut: Grundsatzpositionen der GGG

Die GGG setzt sich ein

für EINE SCHULE FÜR ALLE:

Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen eine gemeinsame SCHULE FÜR ALLE (eine Schule der Inklusion) bis zum Ende ihrer allgemeinen Schulpflicht besuchen und das tradierte gegliederte Schulsystem auch in Deutschland überwunden wird.

für eine Schule der Menschenrechte:

Ziel ist, dass Menschen- und Kinderrechte insbesondere auf Bildung für jedes Kind und jede(n) Jugendliche(n) eingelöst werden.

für eine Schule der Chancengleichheit:

Ziel ist, dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche gleiche Bildungschancen und insbesondere ungehinderten Zugang zu jeder Form schulischer Bildung hat.

für eine Schule der individuellen Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung:

Ziel ist, dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche in der Schule die Entwicklungsmöglichkeiten findet sowie die Anerkennung und Unterstützung erfährt, die das Erreichen eines bestmöglichen Bildungsstandes und Schulabschlusses gewährleisten.

für eine Schule der Demokratie:

Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen eine der demokratischen Gesellschaft angemessene Schule besuchen. Sie muss demokratiestiftend, also eine gemeinsame SCHULE FÜR ALLE sein, in der Demokratie gelebt und gelernt wird.

Die angestrebte SCHULE FÜR ALLE orientiert sich an folgenden Merkmalen:

- Alle Kinder und Jugendliche sind willkommen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Weltanschauung, ihrem Geschlecht, ihren Fähigkeiten und Potenzialen. Jede(r) erfährt Respekt, niemand wird beschämt oder ausgesondert.
- Alle an der Schule Beteiligten gestalten sie als Lern- und Lebensort aktiv und verantwortlich. Die Schule nutzt ihre Ressourcen autonom.
- Die Schülerinnen und Schüler gestalten ihren Lernprozess eigenverantwortlich. Jede Schule trägt die Verantwortung, jede Schülerin und jeden Schüler dazu zu befähigen.
- Heterogene Lerngruppen sind der Normalfall. Alle Kinder und Jugendlichen einschließlich derer mit Beeinträchtigungen, Behinderungen oder mit besonderen Potenzialen lernen gemeinsam. Es wird nicht erwartet, dass alle in gleicher Zeit das Gleiche lernen.
- Schülerinnen und Schüler werden als Subjekte ihrer Lernprozesse gesehen, nicht als Objekte des Unterrichts. Die Individualität ihres Lernprozesses wird respektiert, individuelle Interessen und Fähigkeiten werden gefördert. Die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zum selbstbestimmten individuellen und gemeinsamen Lernen werden gestärkt.
- In und mit der Schule arbeiten Menschen unterschiedlicher Professionen und Kulturen zusammen. Sie stellen das erfolgreiche Lernen aller ihrer Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die Schule arbeitet als lernende Organisation. Dies erfordert Teamarbeit, ständige Fortbildung und Qualitätsentwicklung.
- Die Schule ist Ganztagschule. Der Tagesablauf wird den Lebens- und Lernbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entsprechend rhythmisiert. Selbstbestimmtes Lernen und demokratisches Schulleben erhalten Zeit und Raum.
- Die Schule öffnet sich. Sie beteiligt Experten von außen und übernimmt Aufgaben im sozialen Umfeld der Schule.
- Um diese Ziele zu erreichen setzt sich die GGG ein für eine Bildungspolitik, die den Übergang von einem traditionell gegliederten Schulsystem zu einem integrierten und inklusiven Schulsystem konsequent verfolgt.
- Die GGG unterstützt alle Bemühungen und Schritte, die SCHULE FÜR ALLE zu befördern, neue derartige Schulen einzurichten und ihre Zusammenarbeit zu fördern.
- Die GGG unterstützt bestehende Schulen des gegliederten Systems bei ihrer Umwandlung.
- Die GGG vertritt die Interessen der bereits bestehenden SCHULEN FÜR ALLE in der Öffentlichkeit.
- Die GGG fördert und versachlicht die öffentliche Diskussion um die SCHULE FÜR ALLE, u. a. durch eigene Publikationen und Veranstaltungen.
- Die GGG macht die an Schule Beteiligten mit Theorie und Praxis der SCHULE FÜR ALLE vertraut und trägt zur Bildung von Lehrkräften und anderen pädagogisch Tätigen bei, u. a. durch eigene Aktivitäten, Veranstaltungen und Fortbildungen.
- Die GGG arbeitet zusammen mit Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen, Schulträgern, Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen, berät und unterstützt sie bei Gründung, Aufbau und Organisation von SCHULEN FÜR ALLE.
- Die GGG unterstützt Forschung und Lehre in allen Fragen, die die SCHULE FÜR ALLE betreffen.

BREMEN

Der 6. Oberschultag von GEW und GGG am 23.06.2015 war eine produktive und lebhafteste Veranstaltung. Über 110 Eltern und Lehrkräfte zogen Bilanz über die bisherige Entwicklung von sechs Jahren Oberschule in Bremen und diskutierten weitere Perspektiven. Die ersten acht Oberschulen haben in diesem Sommer Abschlusszeugnisse vergeben.

Wie der Fachtag zeigte, ist der Aufbau der meisten Oberschulen keineswegs abgeschlossen, im Gegenteil, die Konzepte werden überarbeitet und revidiert. Besonders die Umsetzung der Inklusion bindet weiterhin erhebliche Kräfte und Energien. Das zeigte sich auch an den Beiträgen der Teilnehmer aus Schulen, Behörde und ZEB (Zentralelternbeirat) während der Podiumsdiskussion zu Anfang der Tagung, als unter dem Titel „Haben sich die Erwartungen erfüllt?“ festgestellt wurde, dass die Lehrkräfte eine enorme Entwicklungsarbeit geleistet haben, für die anfangs nur in geringem Umfang Entlastungsstunden bereitgestellt wurden. Diese vergleichsweise hohe Arbeitsbelastung zu mindern, ist immer noch nicht gelungen. Der neue (seit Mai 2015) Senat – in Person durch Bürgermeister Sieling und die neue Senatorin für Kinder und Bildung, Claudia Bogedan – hat angekündigt, dass zusätzliche Finanzmittel für ausreichende Entlastungen bereitgestellt würden. Betont wurde von den Diskutanten aber auch, dass dieser schulpolitische Weg keine Alternative zulasse, er nur konsequent und ressourcenmäßig abgesichert weiter beschritten werden müsse, besonders wenn man bedenke, dass der Bremer Schulkonsens in dieser Legislaturperiode der Bürgerschaft auslaufe. Das Hauptaugenmerk in den Oberschulen liege weiterhin auf der Entwicklung einer Schulkultur, integrativ und demokratisch, um das Realität werden zu lassen, was umschrieben ist mit dem Satz: Keiner bleibt zurück!

KARLHEINZ KOKE

HAMBURG

Wir möchten an dieser Stelle auf unseren Hamburger Newsletter hinweisen. Dort werden Sie über aktuelle Entwicklungen der Hamburger Bildungspolitik und die Aktivitäten der GGG-Hamburg informiert. Gerne können Sie auch unseren Newsletter abonnieren: <http://www.ggg-hamburg.de/>
ANNA AMMONN

Unter dem Titel „Reformmotoren, Stagnation, Aufbruch“ hat der Landesvorstand einen Aufsatz von Wolfgang Kuschel, Schulleiter der IGS Langenhagen, veröffentlicht. Da die IGS in Niedersachsen personell vor großen Veränderungen steht, soll dieser Aufsatz einen Beitrag dazu leisten, dass das Wissen um die Entwicklung der IGS seit 1971 nicht verloren geht. Beide Texte sind unter www.ggg-niedersachsen.de einsehbar und bestellbar.

GERD HILDEBRANDT

NIEDERSACHSEN

Für die Arbeit der Kooperativen Gesamtschulen (KGS) in den Jahrgängen 5–10 ist ein neuer Erlass in Arbeit. Wesentlicher Bestandteil des Erlassentwurfes ist die Regelung, dass die KGS in den Jahrgängen 5–8 ihre Lerngruppen heterogen zweigübergreifend zusammensetzen kann. Dazu ist ein Beschluss des Schulvorstandes erforderlich. Dieser Gestaltungsspielraum für die Schulen ist ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung der KGS und wurde schon lange von der GGG gefordert. Die KGS in Niedersachsen kann sich auf den Weg zu mehr Integration machen. Kritisiert wird von der GGG die Regelung, dass trotz der zweigübergreifenden Lerngruppen die Schule eine Zweigzuordnung für alle Schüler/-innen von Jahrgang 5 an vornehmen muss. Dies ist schulfachlich nicht begründbar, da die KGS diese Zweigzuordnung auch am Ende des gemeinsamen Unterrichts vornehmen kann.

Da in Niedersachsen weiterhin viele Integrierte Gesamtschulen geplant werden, hat der GGG-Landesvorstand einen Leitfaden für die Arbeit von IGS-Planungsgruppen erstellt, der die erforderlichen Arbeits- und Abstimmungsprozesse anschaulich darstellt. In diesen Leitfaden sind vor allem die Erfahrungen der ab 2009 gegründeten IGS eingeflossen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Abschulung – Ein halber (erster?) Schritt in die richtige Richtung

Das 12. Schulrechtsänderungsgesetz (12. SchRÄG) greift Empfehlungen der Bildungskonferenz vom November 2014 auf und setzt sie nur halbherzig um

Seit zehn Jahren ist in NRW der Umfang der Abschulungen aus den Gymnasien und den Realschulen nahezu unverändert hoch. Beide Schulformen schulen in jedem Jahr jeweils über 6000 Schüler ab. Für die integrierten Schulen, die Gesamtschulen und die Sekundarschulen ist vollkommen unakzeptabel, dass die integrierten Schulen zur Problemlösung eines Grundübel des gegliederten Schulwesens herangezogen werden.

Die von der Schulministerin in NRW, Sylvia Löhrmann, einberufene Bildungskonferenz hat sich in einer Arbeitsgruppe auch mit dieser Problematik auseinandergesetzt. Eine der abschließenden Empfehlungen der Bildungskonferenz lautete: „Jede Schule ist bis zum ersten Schulabschluss der Sekundarstufe I für den Bildungsgang der ihr anvertrauten Schüler zuständig.“

Auf der Grundlage der Empfehlungen der Bildungskonferenz haben die Schulkonsensparteien einen gemeinsamen

Gesetzentwurf (12. SchRÄG) eingebracht und verabschiedet. Im Schulgesetz sind die Bildungsgänge der Schulformen grundsätzlich beschrieben.

Vom Verfahren her ist die breite Parlamentsmehrheit für die Einbringung von Vorteil. Für den Inhalt des Gesetzes zeigen sich allerdings erhebliche Nachteile. So ist nicht nur das Gymnasium von notwendigen Veränderungen ausgenommen. Die unter § 132c „Sicherung von Schullaufbahnen“ vorgeschlagene Einführung eines Bildungsganges an der Realschule, der zu den Abschlüssen der Hauptschule führt, wird nur als Kannvorschrift auf der Ebene des Schulträgers vorgeschlagen.

Hier gibt das Land einmal mehr einen wichtigen Teil seiner bildungspolitischen Steuerungsfunktion ab. Die GGG NRW hat insbesondere an dieser Stelle gefordert, dass aus der Möglichkeit eine Verpflichtung wird und das Land seiner Verantwortung gerecht wird. Daneben fordert die GGG NRW, dass grundsätzlich bei unvollständig gegliedertem Schulangebot das gegliederte System die Schullaufbahnen ihrer Schüler auf Schulträgerebene sichern muss. Hier dürfen die integrierten Schulen nicht den bildungspolitischen Ausputzer spielen; unabhängig von der grundsätzlichen Auffassung der GGG NRW, dass sich die in der Landesverfassung getroffene Unterscheidung zwischen den Schulen des gegliederten Systems und den integrierten Schulen auch in dem Schulgesetz und den nachgeordneten Rechtsvorschriften fortsetzen muss.

BEHREND HEEREN

RHEINLAND-PFALZ

Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften

Seit April 2015 liegt der Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften vor. Es soll die rot-grüne Koalitionsvereinbarung von 2011 umsetzen – kurz vor der Landtagswahl im Frühjahr 2016. Zwei Jahre lang war es angekündigt. Man hörte stets, dass es keinen Konsens darüber gab, was ein solches Gesetz regeln sollte.

Jetzt ist das SPD-geführte Fachministerium vorgeprescht und hat einen Entwurf geliefert, der nichts mit den im Koalitionsvertrag formulierten Zielen zu tun hat und der viel davon deutlich macht, was passiert, wenn man Schule und Bildungspolitik nicht „neu denkt“.

In weiten Teilen ein eher überflüssiges Gesetz, das nicht nur das Lehramt Hauptschule nicht abschafft, sondern alle Lehramter des dreigliederten Schulwesens plus Förderschullehramt erhält – mit allen Konsequenzen für Ansehen, Karriere und Bezahlung. Kurz: Viel Flickschusterei, viel Appeasement, wenig Mut und schon gar kein großer Wurf. Eine Chance wurde vertan.

- Die Stellungnahme der GGG und einen Kommentar von Rosemi Waubert de Puiseau kann man bei www.ggg-bund.de auf den Rheinland-Pfalz-Seiten finden.

Aus der Arbeit der GGG Rheinland-Pfalz

- Am Samstag, 10. Oktober 2015, wird der erste Landesinklusionstag in Rheinland-Pfalz stattfinden. Die GGG LV RLP ist einer der Mitveranstalter. Näheres bei www.ggg-bund.de auf den Rheinland-Pfalz-Seiten.

- GGG und die Fachgruppe IGS der GEW bereiten intensiv den Gesamtschultag vor.
 - Stark durch Vielfalt
 - Gesamtschultag an der IGS Kurt Schumacher in Ingelheim am Rhein
 - 16. September 2016

- DGB, GEW und GGG erörtern ihre Einschätzung der demographischen Entwicklung und die daraus sich ergebenden Konsequenzen für die Schulstandorte. Die Gespräche werden in der Region von Bedeutung sein und hier bei der weiteren Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

- Die Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland werden enger zusammenarbeiten, um sich gegenseitig zu unterstützen; so das Ergebnis eines ersten Treffens auf Landesvorstandsebene.

WOLFGANG THIEL und
ROSEMI WAUBERT DE PUISEAU

SCHLESWIG-HOLSTEIN

In der öffentlichen bildungspolitischen Debatte in Schleswig-Holstein sind die Themen der Schulen des Gemeinsamen Lernens in den Sekundarstufen (Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe) zuletzt in den Hintergrund getreten. Ausschlaggebend dafür waren neue Schwerpunktsetzungen der Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst, wie z. B. die Etablierung von Berufsbildungsagenturen, Umsetzungen von Vorhaben, die zunächst die Grundschulen betreffen (Einrichtung von 314 neuen Schulassistentenstellen; Vorlage von einheitlichen Kompetenzzeugnissen, die nach einer dreijährigen Einführungszeit für alle Grundschulen, die Kompetenzzeugnisse erteilen, verbindlich sein sollen;

in den Klassenstufen 3 und 4 bleiben auf Beschluss der Schulkonferenz weiterhin auch Ziffernzeugnisse erlaubt), und eine Novellierung des Hochschulgesetzes.

Große Aufmerksamkeit hat ein von uns vorgelegtes Positionspapier zur Oberstufensituation an Gemeinschaftsschulen hervorgerufen (ggg-bund.de/index.php/downloads-sh). Darin fordern wir eine flächendeckende Einführung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, die mit zur Zeit 41 Schulen noch nicht realisiert ist, die Abschaffung einer dreijährigen Erprobungszeit für neu genehmigte Oberstufen, die Herabsetzung der Kapazitätsgrenzen für Oberstufen sowie eine hinreichende Versorgung der Schulen mit Lehrkräften aller Laufbahnen.

Am 24.8.2015 hatten wir die Gelegenheit, in einem Gespräch mit Britta Ernst (Ministerin für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein) unser Papier zu diskutieren. Wir werden in unserem nächsten Bericht darüber informieren.

In bewährter Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat für Gemeinschaftsschulen werden wir am 10.10.2015 unseren diesjährigen Elterntag zum Thema „Gemeinsames Lernen in der digitalen Gesellschaft“ durchführen. Mitveranstalter ist die Gemeinschaftsschule Kellinghusen. Weitere Informationen sind auf der GGG-Homepage zu finden.

DIETER ZIELINSKI

Wir gratulieren und danken für 40 Jahre GGG-Mitgliedschaft

Dieter Weiland (Eintritt 18.10.1975)
Dieter Albrecht (11.11.1975)
Unesco-Schule Kamp-Lintfort (12.11.1975)
Ingeborg Künnemann (19.11.1975)
Renate Müller-Daweke (05.12.1975)
Ingeborg Schmidt (01.01.2016)

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Sigrid Zimmermann (02.10.1940)
Ursel Karch (05.10.1940)
Barbara Heinz (11.10.1940)
Uta Gülzau (30.10.1940)
Jürgen Hoffmann (12.11.1940)
Margarete Schlauch-Agostini (28.11.1940)
Marie-Luise Minßen (13.12.1940)
Margaretha Wulfert (14.12.1940)

Da in den ersten Jahren der GGG nicht alle relevanten Mitgliedsdaten erhoben wurden, kann es vorkommen, dass Jubilare hier nicht genannt werden.

Für entsprechende Hinweise sind wir dankbar.

In eigener Sache: Die neue Zeitschrift GEMEINSAM LERNEN und das „alte“ GGG-Journal

Immer noch erreichen uns Fragen nach dem GGG-Journal, ob es möglicherweise Lieferprobleme gebe, wann denn die nächste Ausgabe erscheine etc.

An dieser Stelle noch einmal der Hinweis: Das GGG-Journal ist mit der Ausgabe 1/2015 letztmals erschienen und in die Zeitschrift **GEMEINSAM LERNEN** (Erstausgabe 3/2015) übergegangen. Die GGG-Verbandsnachrichten im engeren Sinne finden sich innerhalb der Zeitschrift auf acht Seiten im GGG-Info.

Persönliche Mitglieder erhalten seit Juli 2015 die Zeitschrift **GEMEINSAM LERNEN** als Abonnement, der Abonnementspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten, das wird auch 2016 so bleiben (vorbehaltlich einer entsprechenden Entscheidung der Mitgliederversammlung am 14.11.2015). Korporative Mitglieder erhalten künftig nur noch ein Exemplar der Zeitschrift, weitere Exemplare können als ermäßigtes Abonnement beim Verlag Debus Pädagogik bestellt werden.

Bisher kostenlos belieferte Nicht-Mitglieder werden künftig nicht mehr beliefert, können aber, wenn sie die Zeitschrift weiterhin beziehen wollen, in die GGG eintreten oder ein Abonnement über den Verlag bestellen.

Dr. MICHAEL HÜTTENBERGER,
Bundesgeschäftsführer

GGG Verband für Schulen des
Gemeinsamen Lernens e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Hauptstraße 8, D-26427 Stedesdorf
Fon: +49-4971-94668-0
Fax: +49-4971-94668-1
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
www.ggg-bund.de



Ein Blick auf die GGG-Akademie

Die Idee einer GGG-Akademie wurde 2012/13 geboren als ein Serviceangebot an die GGG-Mitglieder, aber auch darüber hinaus an Lehrkräfte, Schulleiter und an Schulentwicklung Interessierte. Sie ist ein „ideelles Konstrukt“, das Angebote aus der Mitgliedschaft der GGG bündelt und breit anbietet.

Unter der Rubrik „GGG-Akademie“ auf der Webseite der GGG-Bund (www.ggg-bund.de) finden sich Fortbildungsangebote, Hinweise auf geplante Kongresse im Bund und in den Ländern, Möglichkeiten, Referenten anzufordern für Input-Vorträge, Workshops und Beratung, sowie Schulkontakte.

Erfahrungen und Status Quo

Fortbildungen: Hier ist es uns noch nicht gelungen, die Angebote unseres Kooperationspartners FeSch (Forum-Eltern-Schule) und der Landesverbände übersichtlich gebündelt anzubieten. Wir hoffen, dass wir das in absehbarer Zeit bewerkstelligen können. Die GGG-eigenen Fortbildungen kann man zurzeit am besten unter der Rubrik „Termine“ auf der o. a. Webseite ansehen.

Referenten: Es stehen eine große Anzahl von Referentinnen und Referenten zur Verfügung, die auf Abruf an Schulen Vorträge halten, von Erfahrungen berichten oder Workshops leiten können. Viele von ihnen sind ehemalige Schulleiterinnen und Schullei-

ter von Gesamtschulen, die sich gerne weiter für Schulen des Gemeinsamen Lernens engagieren möchten. Unter der Rubrik „Referenten anfordern“ der Akademie-Seite kann man die Namen der derzeit verfügbaren Referenten finden sowie ein Anforderungs-Formular. Vorteil dieses Prozederes: Schulen und Referent müssen nicht über Finanzen reden – diese Abwicklung läuft komplett über die GGG. Das erleichtert manche Kontaktaufnahme.

Unsere Erfahrung ist bisher allerdings, dass Schulen nach wie vor mehr auf Referenten setzen, die sie schon kennen oder die ihnen von anderer Seite empfohlen werden. Aber auch hier gilt: Eine problemlose Abwicklung über die GGG ist möglich, auch wenn der Referent bisher nicht auf der Liste steht.

Schulkontakte: Hier haben wir in der letzten Zeit die Webseite so aufbereitet, dass für die meisten Bundesländer Schulen mit Kontaktadressen aufgeführt werden, die in einigen oder mehreren Bereichen Interessantes zu bieten haben und dies auch gerne mit anderen teilen. Man findet hier auf einen Blick, welche Schule in der Nähe z. B. für den Bereich „Teamarbeit“ oder „Projektunterricht“ o.Ä. etwas zu bieten hat, so dass sich ein Blick über den Tellerrand lohnt. Umgekehrt kann man



auch nach Themen suchen: Wo finde ich eine Schule, die sich schon mit Inklusion beschäftigt, bei der man sehen kann, wie selbstständiges Lernen funktioniert oder die Erfahrungen mit bilingualen Angeboten hat? Darüber hinaus lassen sich die bisher im GGG-Journal veröffentlichten Organisationskizzen von Schulen unter „Publikationen/Downloads“ herunterladen.

Diese Liste ist natürlich erweiterbar: Wir warten auf Schulen, die sich mit ihren Schwerpunkten melden, bzw. auf Nennungen von Schulen, die wir anfragen können, um sie in diese Liste aufzunehmen.

BAG Lernkultur

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Lernkultur hat sich in den letzten zwei Jahren zu einer intensiven Arbeitsgruppe gemauert. Nach einigen personellen Veränderungen im vergangenen halben Jahr besteht die Gruppe nun aus zehn Mitgliedern aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen, Saarland, Berlin und Hamburg. Die Gruppe trifft sich zwei bis drei Mal pro Jahr. Sie hat den Aufbau der [Akademie](#) begleitet, Referenten gesucht, Schulen für die Schulkontakte gefunden und zusammengestellt und begleitet die Internetpräsenz der Akademie.

Ein weiteres großes Arbeitsfeld ist die Vorbereitung der [Bundesarbeitstagungen](#). Nach dem „geschrumpften“ Kongress in Mannheim war erst einmal Rückschau und Analyse angesagt. Selbstkritisch mussten wir einräumen, dass zwar die Idee, einen Kongress in Baden-Württemberg zu machen, um damit den neu gegründeten Schulen etwas zu bieten, grundsätzlich richtig war, dass wir den Kongress dann aber doch im Grunde unter Ausschluss dieser Zielgruppe geplant hatten. Dies soll uns bei



© Wolfgang Vogel

der nächsten BAT in 2016 nicht wieder passieren – hier ist Jena als Tagungsort vorgesehen und Mitglieder der BAG haben bereits Kontakt mit Schulen vor Ort aufgenommen, um den Kongress besser regional zu verankern. Wir wollen hier versuchen, sowohl den Schulen vor Ort etwas aus den Schulerfahrungen aus dem gesamten Bundesgebiet zu bieten, als auch Kongressteilnehmern, die von weiter her kommen, zu zeigen, was in Jenaer Schulen alles Spannendes läuft.

Drittes Arbeitsfeld sind [allgemeine bildungspolitische Themen](#), zu denen wir Material sichten und uns eine Meinung bilden wollen. Geplant ist, das Material, an dem entlang wir diskutieren, zusammenzustellen und auf der Akademie-Plattform zum Herunterladen für Interessierte anzubieten. In diesem Zusammenhang hat die BAG auch die Gründung der neuen Zeitschrift „Gemeinsam Lernen“ mit Interesse verfolgt und möchte diese auch weiterhin begleiten und den Redakteuren Ideen und Anregungen mitgeben.

INGRID AHLRING

Termine		Ort
08.10.2015	BAG LK	Göttingen
10.10.2015	GGG-LV SH, GGG-Elterntag	Gemeinschaftsschule Kellinghusen
13. bis 14.11.2015	Bundeskongress	Oberschule am Leibnizplatz, Bremen
14.11.2015	Mitgliederversammlung	Oberschule am Leibnizplatz, Bremen
18. bis 20.11.2015	LV NI, Herbsttagung der Gesamtschulleiter/-innen	Soltau
29. bis 30.01.2016	BV	Kassel oder Berlin
06.02.2016	Revision	Stedesdorf
11. bis 12.03.2016	BV/HA	Kassel